

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/034(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	Donnerstag, 19.04.2007	Mensa Baudezernat , An der Steinkuhle 6	17:00Uhr	21:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.03.2007
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Lenkungsausschuss /Wirtschaftsplan 2007
Vorlage: DS0096/07
 - 4.2 Behandlung der Stellungnahme zum Vorentwurf des
Bebauungsplanes Nr. 781-3 "An den Gärten"
Vorlage: DS0038/07
 - 4.3 Geltungsbereichsänderung und öffentliche Auslegung des Entwurfs
zum Bebauungsplan Nr. 781-3 "An den Gärten"
Vorlage: DS0039/07
 - 4.4 Behandlung der Stellungnahmen zum Vorentwurf der 2. Änderung
zum Bebauungsplan Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße"
(Birngarten)
Vorlage: DS0045/07
 - 4.5 Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 2. Änderung zum
Bebauungsplan Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße"
(Birngarten)
Vorlage: DS0047/07
 - 4.6 Abwägung zur vereinfachten Änderung des rechtsverbindlichen
Bebauungsplanes Nr. 228-1 "Alt Olvenstedt" mit integrierter
örtlicher Bauvorschrift
Vorlage: DS0048/07

- 4.7 Satzung zur vereinfachten Änderung des B-Planes Nr. 228-1 "Alt Olvenstedt" mit integrierter örtlicher Bauvorschrift
Vorlage: DS0049/07
- 4.8 Abwägung vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 235-2 "Buttergasse"
Vorlage: DS0056/07
- 4.9 Satzung vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 235-2 "Buttergasse"
Vorlage: DS0057/07
- 4.10 Ausbau des Eisenbahnknotens Magdeburg - Eisenbahnüberführung Hallische Straße
Vorlage: DS0095/07
- 4.11 Ausbau Eisenbahnknoten Magdeburg - Eisenbahnüberführung Lorenzweg
Vorlage: DS0113/07
- 4.12 Ausbau Eisenbahnknoten Magdeburg - Eisenbahnüberführung Erich-Weinert-Straße
Vorlage: DS0114/07
- 4.13 Abschluss Planungsvereinbarung zum Projekt Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0149/07
- 4.13.1 Planungsvereinbarung zum Projekt Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0052/07
- 5 Anträge
- 5.1 Abonnement für Schüler-Monatskarte / SPD-Ratsfraktion
Vorlage: A0178/06
- 5.1.1 A0178/06/1 Abonnement für Schüler-Monatskarte Bü90/DIE Grünen
- 5.1.2 A0178/06/2 Abonnement für Schüler-Monatskarte Die Linkspartei.PDS
- 5.1.3 Abonnement für Schüler-Monatskarte
Vorlage: S0237/06
- 5.2 Messe- und Kongresszentrum / Fraktion Bund für Magdeburg
Vorlage: A0016/07
- 5.2.1 Messe- und Kongresszentrum
Vorlage: S0057/07
- 5.3 Parkmöglichkeiten Gesellschaftshaus / FDP-Ratsfraktion
Vorlage: A0041/07
- 5.3.1 Parkmöglichkeiten Gesellschaftshaus - vorbehaltlich der Zustimmung durch den OB -
Vorlage: S0067/07
- 5.4 Lärmbelästigung Potsdamer Straße / SPD-Ratsfraktion
Vorlage: A0047/07
- 5.4.1 Lärmbelästigung Potsdamer Straße
Vorlage: S0070/07
- 6 Informationen
- 6.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2006
Vorlage: I0069/07

- 6.2 Errichtung eines Einkaufszentrum Halberstädter Straße/Braunlager
Straße
Vorlage: I0089/07
- 7 Mitteilungen und Anfragen

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Reinhard Stern

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Bernd Krause

Stadtrat Walter Meinecke

Stadträtin Sabine Paqué

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Beratende Mitglieder

Stadtrat Mirko Stage

Frau Hannelore Kirstein

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Wolfgang Schmicker

Stadtrat Frank Schuster

vertreten durch Stadtrat Reppin

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtrat Stern eröffnete die Sitzung. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und Bürger und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gab es folgende Änderungen:

- neu in die Tagesordnung aufgenommen wurden

DS0149/07 Abschluss Planungsvereinbarung zum Projekt Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Magdeburg (FB 62) und

A0052/07 Planungsvereinbarung zum Projekt Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Magdeburg (SPD-Ratsfraktion)

Abstimmung zur Aufnahme: 8 - 0 - 0

- Vertagung des TOP 5.3 und 5.3.1

A0041/07 und **S0067/07** Parkmöglichkeiten Gesellschaftshaus

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung: 8 - 0 - 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.03.2007

Zur Niederschrift gab es keine Hinweise bzw. Änderungen.

Abstimmung zur Niederschrift öffentlicher Teil vom 22.03.07: 4 - 0 - 4

4. Beschlussvorlagen

4.1. Lenkungsausschuss /Wirtschaftsplan 2007

Vorlage: DS0096/07

Frau Klein (BauBeCon) brachte die Drucksache ein und erläuterte die einzelnen Maßnahmen.

Die Barmittelliste und Auflistung der Zuschüsse für private Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der sanierungswürdigen Gebäudesubstanz sind für die Ausschussmitglieder dem Protokoll beizufügen.

Stadtrat Wähnelt fragte nach der finanziellen Sicherung des Bootshausersatzes für den Ruderverein und ob mehr Förderungen für Privatsanierungen gebraucht werden.

Frau Klein (BauBeCon): Für das Bootshaus ist das Sportamt verantwortlich und dort wird die Finanzierung geprüft. Es gibt einen höheren Bedarf für private Sanierungsmaßnahmen und für das nächste Jahr sind mittelfristig 900 000 €vorgesehen.

Stadtrat Canehl verwies auf einen Antrag des Bildungsausschusses, wonach Mittel aus dem Überhang des Stadionneubaues für das Bootshaus verwendet werden sollten.

Stadtrat Stern kann nicht nachvollziehen, woraus sich ein Überhang aus dem Stadionneubau ergeben hat. Die Umgestaltung des Engpasses beinhaltet auch Straßenbaumaßnahmen. Diese sind dem StBV vorzustellen. Die Kosten der Umgestaltung der Benediktinerstraße sollte dem StBV zur Kenntnis gegeben werden. In dieser Form könnte die Freiherr-von-Stein-Straße in Stadtfeld gestaltet werden.

Er ließ über die Drucksache abstimmen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt einstimmig mit 8 Ja-stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung mit Beschluss-Nr. StBV196-34(IV)07**

Beschlussvorschlag:

Der Lenkungsausschuss Buckau beschließt den Wirtschaftsplan 2007 als Grundlage für die weitere Arbeit im Sanierungsgebiet Buckau.

Er ist, sobald erhebliche Veränderungen notwendig werden, dem Lenkungsausschuss zur erneuten Entscheidung vorzulegen.

- 4.2. Behandlung der Stellungnahme zum Vorentwurf des
Bebauungsplanes Nr. 781-3 "An den Gärten"
Vorlage: DS0038/07

Frau Bartel (Amt 61) führte zur Drucksache ein und erläuterte die Einzelbeschlüsse.

Stadtrat Krause merkte an, dass die Bürger einen Hinweis zum Flughafen (Landeschleife) erhalten.

Stadtrat Stern ergänzte, wie beim Baugebiet MACO-Möbel sollte in der Baugenehmigung eine klare Stellungnahme zum vorhandenen Verkehrslandeplatz Magdeburg aufgenommen werden.

4.2.1. Beschluss 2.1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt mit 8-Ja-stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung mit Beschluss-Nr. StBV 197-34(IV)07:**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

4.2.2. Beschluss 2.2

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt mit 7-Ja-stimmen, keiner Gegenstimme und einer Enthaltung mit Beschluss-Nr. StBV 198-34(IV)07:**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt mit 8-Ja-stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung mit Beschluss-Nr. StBV 199-34(IV)07** mit der Bedingung, dass in die Baugenehmigungen ein Hinweis zum Verkehrslandeplatz aufgenommen wird:

Beschlussvorschlag:

1. *Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der frühzeitigen Beteiligung der Behörden, der sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Verbände gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 781-3 "An den Gärten" abgegebenen Stellungnahmen hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:*

Der Berücksichtigung von Anregungen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt.

Die Abwägung (Anlage zur DS38/06) wird gebilligt.

2. *Zur Behandlung der Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ergehen folgende Einzelbeschlüsse:*

2.1

Landesverwaltungsamt, Ref. 307

Schreiben vom 07.10.2005 und vom 21.04.2006

Abwägungskatalog Teil II, Seite 2, lfd. Nr. 2

a) *Stellungnahme*

Die Stellungnahme bezieht sich auf den Verkehrslandeplatz Magdeburg. Es werden starke Bedenken erhoben. Der Platzrundenbereich berührt das Plangebiet. Die Fluglärmbeurteilungspegel (Planfeststellungsverfahren) lassen die Ausweisung eines Wohngebietes zu. Der Fluglärm kann, subjektiv wahrgenommen, zu Konflikten führen. Die künftigen Bewohner sind schriftlich auf die Duldung des Fluglärms hinzuweisen. Es sind notarielle Absicherungen vorzunehmen.

b) *Abwägung*

Für ein Bauleitplanverfahren können nur schalltechnische Untersuchungen und nicht subjektive Empfindungen herangezogen werden. Das im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens, auch unter Berücksichtigung des Platzrundenbereiches, für die Erweiterung des Verkehrslandeplatzes erstellte schalltechnische Gutachten lässt die Ausweisung eines Wohngebietes zu. Der Bebauungsplan schafft eine eindeutige Rechtslage. Notarielle Absicherungen können nicht durchgesetzt werden und wären rechtlich nicht haltbar.

c) *Beschlussvorschlag*

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

2.2

Flughafen Magdeburg GmbH

Schreiben vom 21.04.2004 und vom 11.04.2006

Abwägungskatalog Teil II, Seite 10, lfd. Nr. 26

a) *Stellungnahme*

Es wird auf den Platzrundenbereich verwiesen und dass sich trotz Einhaltung der Immissionswerte daraus möglicherweise subjektiv empfundenen Störungen ergeben. Es wird gefordert in die Begründung einen Text einzufügen (Hinweis auf subjektiv aufgenommene Belästigung, Freistellung der Stadt von Schadenersatz und Verzicht auf jegliches Vorgehen gegen den Verkehrslandeplatzes durch die künftigen Bauherren).

b) *Abwägung*

Für das Bauleitplanverfahren kann nur das im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens erstellt und anerkannte schalltechnische Gutachten herangezogen werden. Er regelt den Lärmschutz abschließend und schafft eine eindeutige Rechtslage. Die geforderten Hinweise an künftigen Bauherren gehören inhaltlich nicht in die Begründung zum Bebauungsplan und würden auch keine rechtliche Wirkung entfalten.

c) *Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.*

3. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Behörden und Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.*

- 4.3. Geltungsbereichsänderung und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 781-3 "An den Gärten"
Vorlage: DS0039/07
-

Frau Bartel (Amt 61) stellte die Geltungsbereichsänderung dar und begründete sie. Sie erläuterte die Planungsziele und die Erschließung des Gebietes. Hierzu gab es viele Gespräche mit dem Siedlerverein und Eigentümern, aus denen der Kompromiss einer sparsamen Variante entstand.

Ersatz und Ausgleich erfolgt auf einem Pflanzgebotsstreifen bzw. außerhalb des B-Plangebietes westlich auf einem Kirchengrundstück. Der Ortschaftsrat hat sich mündlich positiv geäußert. Zukünftig sollte bei Drucksachen ein schriftlicher Vermerk der Beteiligung von Ortschaftsräten vorgesehen werden.

Stadtrat Stern kritisierte die schmalen Straßenquerschnitte und sieht darin Probleme bzgl. Parken sowie die Durchfahrtsmöglichkeiten für Müll- und Feuerwehrfahrzeuge. Des Weiteren wird der ruhende Verkehr in die vorhandenen Straßen der Siedlung verlagert, damit sind Probleme vorprogrammiert.

Herr Gebhardt (Amt 66): Bei einem Straßenquerschnitt von 4,50 m Breite ist parken nicht gestattet. Der ruhende Verkehr auf der Straße wird hier nicht gewünscht.

Stadtrat Wähnelt lobte die Festsetzung zum Ausgleich und Ersatz. Wenn die Bauwilligen keine üppige Erschließung wünschen, sollte dies akzeptiert werden. Für die Stadt wird die Straßenunterhaltung preiswerter. Hier liegt ein Bebauungsplanentwurf vor, welcher in die Auslegung geht. Feuerwehr und Müllabfuhr haben keine Forderungen gestellt.

Stadtrat Czogalla sieht die Probleme nicht so hart kommen und verwies auf Erfahrungen anderer Wohngebiete, wo sich diese Dinge eingespielt haben und Verständnis innerhalb der Nachbarschaft herrscht.

Stadtrat Meinecke sieht hier keinen konkurrierenden Parkdruck und Probleme von Fremdparkern wie beispielsweise in der Straße Im Mittelfelde, wo sogar Anwohner um ihre Plätze kämpfen müssen.

Stadtrat Stage und **Stadträtin Paqué** halten die Hinweise von Stadtrat Stern schon für richtig und wichtig. Darüber sollte noch einmal nachgedacht werden.

Abstimmung zur Drucks.0039/07: 8 - 0 - 0

- 4.4. Behandlung der Stellungnahmen zum Vorentwurf der 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten)
Vorlage: DS0045/07
-

Stadtrat Stern merkte an, das der Umweltausschuss die DS0045/07 und DS0047/07 vertagt haben und erst nach einem Ortstermin darüber beraten wird. Er schlug vor, sich dem anzuschließen und ließ darüber abstimmen:

Abstimmung zur Vertagung: 8 - 0 - 0

Stadtrat Stern stimmt dies mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses ab. Am 08.05.07 um 16.00 Uhr findet der Vororttermin statt.

- 4.5. Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten)
Vorlage: DS0047/07

Abstimmung zur Vertagung: 8 - 0 - 0

- 4.6. Abwägung zur vereinfachten Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 228-1 "Alt Olvenstedt" mit integrierter örtlicher Bauvorschrift
Vorlage: DS0048/07

Frau Bartel (Amt 61) brachte die Drucksache ein und begründete die Änderung.

Abstimmung zur Drucks.0048/07: 8 - 0 - 0

- 4.7. Satzung zur vereinfachten Änderung des B-Planes Nr. 228-1 "Alt Olvenstedt" mit integrierter örtlicher Bauvorschrift
Vorlage: DS0049/07

Frau Bartel (Amt 61) führte zur Drucksache ein.

Abstimmung zur Drucks.0049/07: 8 - 0 - 0

- 4.8. Abwägung vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 235-2 "Buttergasse"
Vorlage: DS0056/07

Frau Bartel (Amt 61) brachte die Drucksache ein und begründete die Streichung der Festsetzung „Zweckbestimmung Markthalle“.

Abstimmung zur Drucks.0056/07: 8 - 0 - 0

- 4.9. Satzung vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 235-2 "Buttergasse"
Vorlage: DS0057/07

Frau Bartel (Amt 61) führte zur Drucksache ein.

Abstimmung zur Drucks.0057/07: 8 - 0 - 0

- 4.10. Ausbau des Eisenbahnknotens Magdeburg - Eisenbahnüberführung Hallische Straße
Vorlage: DS0095/07

Frau Baumgart (Amt 61) brachte die Drucksache ein. Sie stellte an einer Übersicht die Planungsabschnitte der DB AG im Stadtgebiet, welche im Zusammenhang mit dem Umbau des Eisenbahnknotens Magdeburg stehen, dar. Sie begründete, weshalb die Landeshauptstadt Magdeburg keine Forderungen stellen möchte.

Herr Dr. Scheidemann (FB 62) ergänzte, dass es Absicht der Stadt ist, Baurecht über ein Planfeststellungsverfahren schaffen zu lassen, bei dem die Stadt zu beteiligen wäre.

Stadtrat Canehl: Wir sollten die Verwaltung beauftragen, obwohl die Stadt keine Forderungen erheben möchten, eine Vereinbarung zu schließen.

Herr Dr. Scheidemann (FB 62): Wenn Interesse angemeldet bzw. eine Planungsvereinbarung getroffen wird, bedeutet dies auch Geld für die Stadt.

Abstimmung zur Drucks.0095/07: 8 - 0 - 0

- 4.11. Ausbau Eisenbahnknoten Magdeburg - Eisenbahnüberführung
Lorenzweg
Vorlage: DS0113/07

Frau Baumgart (Amt 61) führte zur Drucksache ein. Die Stadt möchte auch hier nichts bestellen.

Abstimmung zur Drucks.0113/07: 8 - 0 - 0

- 4.12. Ausbau Eisenbahnknoten Magdeburg - Eisenbahnüberführung
Erich-Weinert-Straße
Vorlage: DS0114/07

Frau Baumgart (Amt 61) brachte die Drucksache ein.

Abstimmung zur Drucks.0114/07: 8 - 0 - 0

- 4.13. Abschluss Planungsvereinbarung zum Projekt
Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee zwischen der DB Netz
AG und der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0149/07
- 4.13.1. Planungsvereinbarung zum Projekt Eisenbahnüberführung Ernst-
Reuter-Allee zwischen der DB Netz AG und der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0052/07

Herr Dr. Scheidemann (FB 62) brachte die Drucksache ein. Durch überholte Beschlüsse ist bei der Finanzierung als Deckungsquelle das Schleinufer zu korrigieren. Die Deckung erfolgt über eine Verpflichtungsermächtigung aus dem Sanierungsgebiet Buckau, da der Lemsdorfer Weg verschoben wird. Zum Finanz- und Grundstücksausschuss erfolgt der Austausch der Deckblätter. Er erläuterte und begründete die Drucksache ausführlich.

Frau Baumgart (Amt 61) stellte mittels Beamer noch einmal die untersuchten Varianten vor.

Herr Gebhardt (Amt 66) erläuterte die Variante 3.

Stadtrat Stern bat die Ausschussmitglieder ihre Statements zu beiden Vorlagen abzugeben.

Stadtrat Canehl brachte den Antrag der SPD-Fraktion ein und begründete diesen ausführlich. Er kritisierte die zögerliche Beantwortung der Anfragen von Herrn Balzer und ist gegen die Drucksache.

Stadtrat Czogalla hält die Fragen für beantwortet und sieht mit der Drucksache eine gute verkehrliche Lösung. Außerdem sollte die Chance einer Kostenbeteiligung genutzt werden. Er sprach sich für die Drucksache aus.

Stadtrat Wähnelt begründete seine Ablehnung ausführlich und zweifelt die Richtigkeit der Angaben zu den Betriebskosten an. Die Unterführung Hallische Straße ist wie die Ernst-Reuter-Allee klassifiziert. Es sollte der Versuch gestartet werden wie dort, keine Forderungen zu stellen.

Stadtrat Meinecke sprach sich für die Drucksache aus und fragte nach dem Stand der Förderzusagen.

Stadtrat Krause kann sich keine vernünftige Tunnellösung an dieser Stelle vorstellen. Er sprach sich gegen die Drucksache aus.

Stadträtin Paqué und ihre Fraktion sind angesichts der verschiedenen Meinungen von Experten und Verwaltung verunsichert, haben Zweifel und überlegen, ob die Vorschläge weise sind.

Stadtrat Stage würde sich dem SPD-Antrag anschließen. Der Verkehr sollte aus der Innenstadt raus.

Stadtrat Stern verwies auf andere Städte und wenn die LH Magdeburg wettbewerbsfähig bleiben will muss für die Zukunft geplant werden. Zu Händlern gehört Verkehr und der Tunnel bildet die Achse zur Verlängerung des Strombrückenzuges. Er sprach sich für die Drucksache aus.

Herr Marx (Bg VI) zeigte die Mittelverteilung auf, so dass bei der Stadt ein Anteil von 3,9 Mio € verbleibt. Die Feinstaubdiskussion wird in 3-4 Jahren erledigt sein. Es wird so getan, als sei die LH Magdeburg Bauherr. Steigen wir aus, haben wir auch kein Mitspracherecht mehr und verschenken die Chance, eine komfortablere Lösung für den ÖPNV in diesem Bereich zu schaffen.

Herr Gebhardt (Amt 66) merkte an, dass sich jetzt in der Entwurfsphase befunden wird. Am Köllner Platz will die Bahn AG gar nichts tun. Die Lübecker Straße kann mit der Ernst-Reuter-Allee nicht verglichen werden. proM hat die Tunnellösung in einer Veranstaltung zustimmend zur Kenntnis genommen. An der Mengenregelung der Weinarkade kann nichts geändert werden. In der Vorlage wurden die Kosten dargestellt, welche jährlich aufzuwenden sind.

Stadtrat Wähnelt verglich die Kostenangaben beider Tunnel und begründete seine Zweifel zur Richtigkeit der Angaben. Der Verkehr in Ost/West-Richtung sollte reduziert und nicht verstärkt werden.

Herr Gebhardt (Amt 66) begründete die höheren Aufwendungen am Universitätstunnel. Bis zur Stadtratssitzung werden die Durchschnittspreise dargestellt werden. Durch die drei Öffnungen wird eine separate Lüftung laut Aussage des Planungsbüros nicht notwendig. Mit Vorliegen der Vereinbarung können Fördermittel (75% Förderung) beantragt werden. Die MVB hat Mittel angemeldet.

Stadtrat Canehl glaubt nicht daran, dass keine Lüftung notwendig wird. Unabwegbarkeiten in der Bauzeit können durch die Archäologie eintreten.

Herr Dr. Scheidemann (FB 62) zeigte die zeitliche Reihenfolge der Beantwortung und deren Regularien auf. Von einer zögerlichen Bearbeitung der Anfragen kann hier nicht gesprochen werden. Er merkte an, dass man sich bildlich vorstellen sollte, alles an dieser Stelle sei weg. Die Partner werden gefragt, was sie an dieser Stelle neu haben möchten und beide Interessen treffen sich. Daraus wird ein Kompromiss geschaffen. Bzgl. Archäologie wird eine Abwägung öffentlichen Interesses erfolgen. Der Personenschienenverkehr wird als höheres öffentliches Interesse gewertet werden.

Stadtrat Stern beendete die Diskussion und bat die Ausschussmitglieder ihre noch offenen Fragen an die Verwaltung schriftlich einzureichen und ließ über den Antrag und die Drucksache

abstimmen.

Abstimmung zum Antrag 0052/07: 3 - 4 - 1 abgelehnt

Abstimmung zur Drucks.0149/07: 4 - 3 - 1

- 5. Anträge
- 5.1. Abonnement für Schüler-Monatskarte / SPD-Ratsfraktion
Vorlage: A0178/06
- 5.1.1. A0178/06/1 Abonnement für Schüler-Monatskarte Bü90/DIE
Grünen
- 5.1.2. A0178/06/2 Abonnement für Schüler-Monatskarte Die
Linkspartei.PDS

Stadtrat Czogalla legte die Intention des Antrages dar. Er zweifelt an, dass das Landesverwaltungsamt eine Rechtsgrundlage hat, um der MVB vorzuschreiben, ob und was als Jahreskarte gewertet werden kann. Die vorgelegte Berechnung enthält viele Unwegsamkeiten und er stellte eigene Berechnungsgrundlagen vor, welche sogar gewinnbringend für die MVB wären.

Stadtrat Stern brachte zwei Änderungsanträge (A178/06/1 und A178/06/2) zum Antrag ein und verlas deren Inhalt.

Herr Winter (MVB MD) brachte die Stellungnahme zum Antrag ein. Die Anträge würden in das Tarifgefüge der MVB eingreifen und Auswirkungen auf die Bezuschussung bedeuten. Das Landesverwaltungsamt schreibt uns ein Spannungsverhältnis (mind. 75%) vor und zur Berechnung kommen für einen Monat 26 Tage und für das Jahr 240 Tage zum Ansatz. Er erläuterte die Berechnung nochmals im Detail.

Stadtrat Wähnelt merkte an, dass wegen des Spannungsverhältnisses der Änderungsantrag seiner Fraktion gestellt wurde. Wenn diese Tagesangaben im Gesetz stehen, werden wir wahrscheinlich keine Chance haben, die Bundesgesetze zu ändern.

Stadtrat Stage regte an, bei der nächsten Tarifbeantragung diese Änderungen mit berücksichtigen zu lassen.

Herr Winter (MVB MD): Der letzte Durchlauf zu Tarifänderungen dauerte 11 bis 12 Monate. Wir werden die Kritikpunkte aufnehmen und bis zur nächsten Runde beleuchten.

Stadtrat Stern ließ über die beiden Änderungsanträge abstimmen.

Abstimmung A0178/06/1 (Bü90 DIE GRÜNEN): 4 - 2 - 2

Abstimmung A0178/06/2 (Die Linkspartei.PDS): 6 - 0 - 2

Stadtrat Czogalla schlug vor, den Antrag A0178/06 zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss nahm den Antrag A0178/06 zur Kenntnis.

- 5.1.3. Abonnement für Schüler-Monatskarte
Vorlage: S0237/06

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

- 5.2. Messe- und Kongresszentrum / Fraktion Bund für Magdeburg
Vorlage: A0016/07
- 5.2.1. Messe- und Kongresszentrum
Vorlage: S0057/07
-

Auf Bitte von Herrn Dr. Kutschmann, als Einbringer des Antrages, vertagte **Stadtrat Stern** die beiden Tagesordnungspunkte. Herr Dr. Kutschmann konnte an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen.

Dem stimmten die Ausschussmitglieder zu.

- 5.3. Parkmöglichkeiten Gesellschaftshaus / FDP-Ratsfraktion
Vorlage: A0041/07
- 5.3.1. Parkmöglichkeiten Gesellschaftshaus - vorbehaltlich der
Zustimmung durch den OB -
Vorlage: S0067/07
-

Beide Tagesordnungspunkte wurden vertagt und von der Tagesordnung abgesetzt.

- 5.4. Lärmbelästigung Potsdamer Straße / SPD-Ratsfraktion
Vorlage: A0047/07
-

Stadtrat Canehl, als Vertreter der einbringenden Fraktion, erklärte den Antrag mit der Stellungnahme als erledigt.

- 5.4.1. Lärmbelästigung Potsdamer Straße
Vorlage: S0070/07
-

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

6. Informationen
- 6.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2006
Vorlage: I0069/07
-

Herr Pischner (Behindertenbeauftragter) stellte die Ergebnisse der Punkte 6 (Bauen und Wohnen) und 7 (Verkehr) des Jahresberichtes vor. Dabei überwiegt das Positive in der Zielstellung der Schaffung von Barrierefreiheit. Als negativ und verbesserungswürdig sind folgende Punkte zu sehen:

- Zugang zur Aussichtsterrasse auf dem Parkdeck Allee-Center (kein Aufzug)
- Haus der Romanik nicht alle Räume für Rollstuhlfahrer zugänglich
- Anlegerampen für Niederflurstraßenbahnen fehlen und Doppelhaltestellen sind problematisch
- Kennzeichnung der Straßenbahnen für Sehbehinderte
- Im Wohnungsbau keine wesentlichen Verbesserungen zu verzeichnen
- Leitstreifen am Universitätsplatz sind überflüssig und der Willy-Brand-Platz ist schwer begehbar (Orientierungsmerkmale zu glatt)

Stadtrat Czogalla: Im Ausland gibt es ein einheitliches System der Kennzeichnung in gelb und Noppen.

Herr Pischner (Behindertenbeauftragter): In Deutschland gibt es die DIN-Norm (für Streifen Rillen-Rippenstruktur). Die Noppen sind besser.

Stadtrat Wähnelt: Wie sehen sie die Abgrenzung von Fuß- und Radweg?

Herr Pischner (Behindertenbeauftragter): Da gibt es keine wesentlichen Änderungen. Zwei Varianten kommen zur Anwendung –Kleinpflasterstreifen und Noppenreihen.

Stadtrat Krause: Gibt es durch Abriss ein Defizit an preiswerten Wohnungen für Behinderte?

Herr Pischner (Behindertenbeauftragter): Ein Kampf um geeignete und bezahlbare Wohnungen gibt es. Es erfolgt aber ein Umzug in andere Stadtteile.

Herr Dr. Peters (Amt 61) merkte an, dass es Gespräche mit dem Allee-Center bzgl. Aufzug gab und eine Rampe geprüft wird. Der Hof zum Haus der Romanik befindet sich noch im Bau und es ist eine Rampe mit 6% Gefälle vorgesehen.

Stadtrat Stern dankte Herrn Pischner für seine Ausführungen.
Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

6.2. Errichtung eines Einkaufszentrum Halberstädter
Straße/Braunlager Straße
Vorlage: I0089/07

Frau Bartel (Amt 61) informiert über ein Bauvorhaben (Einkaufszentrum), welches nach § 34 BauGB genehmigungsfähig wäre und dem Märktekonzept nicht entgegensteht.

Stadtrat Stern sieht Konkurrenz für kleine Einrichtungen (Bäcker) im Umfeld.

Stadtrat Czogalla: Der Lidl verlagert sein Geschäft um 300 m. Wird der KIK von Ottersleben dann in dessen Gebäude ziehen?

Stadtrat Wähnelt: Gegen eine generelle Einordnung ist nichts zu sagen. Das Bauvorhaben ist zur Fassung des Straßenraumes nicht geeignet. Es sollte versucht werden, an diesem Ort etwas anderes zu ordnen. Der Stadt gehören ein Teil der Flächen und somit kann verhandelt werden.

Frau Bartel (Amt 61): Wir haben bei einer Bauvoranfrage nach § 34 BauGB kaum Einfluss zu nehmen.

Stadtrat Stage äußerte ebenfalls Bedenken zur Nutzung des freiwerdenden Gebäudes durch den Umzug des Lidl.

Stadtrat Canehl schlug vor, das Verfahren eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes einleiten zu lassen. Somit wäre eine Einflussnahme möglich.

Herr Marx (Bg VI) merkte an, dass die Verwaltung bzgl. einer Blockrandbebauung und vorhabenbezogenen Bebauungsplan das Gespräch mit dem Vorhabenträger suchen wird.

Herr Schütt (Amt 63) teilte mit, die konkrete Bauvoranfrage hat gemäß § 11 BauNVO einen Anspruch auf Genehmigung nach § 34 BauGB (Art und Nutzung entsprechen der Festlegung eines Stadtteilzentrum). Die vorhandene Nutzung wird nicht verändert.

Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

7. Mitteilungen und Anfragen

1. **Frau Baumgart** lud die Stadträte zu Fahrradtour der Arbeitsgruppe Stadtverkehr ein.
Termin: 20.04.07 um 14.00 Uhr.
2. **Stadtrat Krause** teilte mit, dass die Antwort zur Anfrage der Stadträtin Bork zum Ratswaagehotel noch aussteht.
3. **Stadtrat Czogalla** fragte nach, wann die Sperrung des Heinrich-Heine-Weges im Stadtpark erfolgt?

Herr Gebhardt. Heute wurde mittels Steine und Baken die Schließung vollzogen.

4. **Stadtrat Canehl**
 - Ist der Termin zur „Neue Mitte Magdeburg“ klar?
 - Der Beigeordnete des Baudezernates sollte ein Gespräch mit dem Bauministerium suchen, damit die Grundschule Am Glacie in Gänze fertiggestellt werden kann.

Herr Marx (Bg VI) teilte mit, es gab Gespräche und jetzt ist das Kultusministerium dafür verantwortlich.

Stadtrat Stern schlug für die „Neue Mitte Magdeburg“ vor, einen Termin im Juni/Juli an einem Freitagnachmittag neu festzulegen.

21.05 Uhr Ende des öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung am 24.05.07.

Reinhard Stern
Vorsitzende/r

Hanelore Kirstein
Schriftführer/in